

Veranstaltungsbericht

Internationaler Tag: Null-Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung
Ein Austausch zwischen Betroffenen und Beschäftigten im Gesundheits- und Beratungswesen

06.02.2020
Hannover

Genitalverstümmelungen an Frauen und Mädchen* sind eine massive Menschenrechtverletzung! Anlässlich des 6. Februar, dem internationalen Tag gegen Genitalbeschneidung, veranstaltete der Dachverband der Migrantinnen*organisationen (DaMigra e.V.) ein Fachgespräch zwischen betroffenen Frauen*, Beratungsstellen, Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen und Behörden.*

Weltweit leiden über 200 Millionen Mädchen* und Frauen* unter Genitalverstümmelungen. Eine Gewalttat, die trotz der strafrechtlichen Verfolgung seit 2013, auch in Deutschland nach wie vor präsent ist. Innerhalb der letzten drei Jahre ist die Anzahl der betroffenen Frauen* hierzulande um 44% gestiegen. In der Bundesrepublik leben schätzungsweise rund 70.000 Frauen*, die diese Gewalttat erleben mussten. Weitere 17.500 Mädchen* gelten als gefährdet.

DaMigra steht für eine Null Toleranz gegenüber FGM. In Kooperation mit der Betroffenenelbstorganisation *Mein Körper gehört mir e.V.*, der Beratungsstelle *Integrationslotsen Cloppenburg e.V.* und *kargah e.V.* veranstaltete DaMigra anlässlich des internationalen Tages zum Thema eine Veranstaltung. Betroffene berichteten über ihre Erfahrungen mit deutschen Beratungsstellen, Gesundheitswesen und Behörden und traten anschließend in einen Dialog mit Vertreter*innen derselben.

Mona Habib Allah und May Ahatta vom Verein *Mein Körper gehört mir e.V.* führten in einem kurzen Inputvortrag in die Thematik ein. Mona Habib Allah betonte, dass es mittlerweile gute Vorschläge für die Unterstützung von Betroffenen gäbe. Die in vereinzelt Städten gut funktionierenden spezialisierten Beratungsstellen und Gesundheitszentren müssten jedoch flächendeckend ausgebaut werden. Die Sensibilisierung von Fachkräften müsste Teil des Ausbildungsprozesses sein. Im Bereich der Präventionsarbeit sei noch ein großer Verbesserungsbedarf.

Dr. Christian Albring, Präsident des *Berufsverbandes der Frauenärzte e.V.* und Mitglied der Kammerversammlung der Ärztekammer, vermerkte, dass das Thema FGM in den letzten Jahren in Fachkreisen an Bedeutung gewonnen habe und alles Menschenmögliche getan werden müsse, um die Mediziner*innen aufzuklären. Die 2016 von der Bundesärztekammer herausgegebenen Empfehlungen zum Umgang mit Patientinnen nach weiblicher Genitalverstümmelung und die Eröffnung zweier spezialisierter Kliniken in Deutschland sind ein erster Schritt gewesen, die Sensibilisierung muss dennoch weiter ausgebaut werden. Das Kompetenzzentrum für Frauen und Mädchen bei Genitalverstümmelung (SAIDA) in Leipzig sei Beispiel gebend für die ganze Republik.

Frauke Baller, *Psychotherapeutin* und Mitglied des runden Tisches, stellt klar, dass durch die Verkopplung von FGM mit der vermeintlichen Heiratsfähigkeit der Frauen* die Frage nach deren ökonomischer Sicherheit, Existenzsicherung und Gleichwertigkeit aufgeworfen wird. Die Förderung von Gleichberechtigung und der ökonomischen Unabhängigkeit migrierter Frauen* in Deutschland sei daher ein wichtiger Teil der Ursachenbekämpfung und könne eine Strahlkraft in die Herkunftsländer entwickeln und FGM präventiv begegnen. Frau Baller wünscht sich mehr Verantwortungsübernahme bei Fachpersonal im Gesundheitssektor wie Gynäkolog*innen, Hebammen, Psycholog*innen, zum Beispiel in Form von Weiterbildungen und sieht einen großen Bedarf an professionellen, sensibilisierten Dolmetscher*innen. Dabei sollte auf Vernetzung und Kooperation gesetzt werden.

Uta Engelhardt, Landesgeschäftsführerin von *pro familia Niedersachsen e. V.* unterstützte die Selbstorganisation der Community, die Teil der Beratungsangebote von *pro familia*, gerade im ländlichen Raum seien. Zugleich stellte sie fest, dass eine wirksame Präventions- und Unterstützungsarbeit der betroffenen Frauen einer überregionalen, flächendeckenden Vernetzung aller relevanten Akteure bedarf. Die Sensibilisierung und Fortbildung von Fachkräften des medizinischen und sozialpädagogischen Bereichs sei eine ressourcenintensive Aufgabe, die auch eine umgehende Bereitstellung von Geldern seitens der Politik erfordert.

Eine Akteurin* von *Mein Körper gehört mir e. V.* betont, dass die Selbstorganisation der Betroffenen nicht auf die Unterstützung aus der Politik warten dürfe, sondern sofort handeln müsse, denn jeder Fall von FGM sei einer zu viel. Diese Schutzräume seien unverzichtbar, denn sie fördern die Selbsthilfe überlebender Frauen* und unterstützen dabei, ihre eigene Stimme zu finden und zu erheben.

Mina Amiry, Geschäftsführerin der *Integrationslotsen Cloppenburg e. V.*, merkt an, dass die langjährigen Verfahren und wenig sensiblen Anhörungsverfahren im Rahmen der Anerkennung von FGM als Asylgrund zu einer Retraumatisierung führen können. Auch bei gesundheitlichen Fragen müssten die Wege kürzer werden und Überweisungen schneller funktionieren.

Abschließend wünschten sich alle Beteiligten ein Weiterführen der Debatte und den dringlichen Austausch mit weiteren Akteur*innen wie Jugendämtern, Kinderärzt*innen, Lehrer*innen und Politiker*innen.

Anhang:

- ◆ Präsentation Mona Habib Allah
- ◆ Präsentation May Ahatta
- ◆ Einladung